

SOC/612 Europabildung

STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Europabildung

[Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des rumänischen Ratsvorsitzes]

Berichterstatterin: **Tatjana BABRAUSKIENĖ**Mitberichterstatter: **Pavel TRANTINA**

Ersuchen des rumänischen Ratsvorsitzes Schreiben vom 20/09/2018

Rechtsgrundlage Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der

Europäischen Union Sondierungsstellungnahme

Beschluss des Präsidiums 16/10/2018

Zuständige Fachgruppe Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen,

Unionsbürgerschaft

Annahme in der Fachgruppe 6/03/2019 Verabschiedung auf der Plenartagung 21032019

Plenartagung Nr. 542

Ergebnis der Abstimmung

(Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen) 164/2/1

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

- 1.1 vertritt die Auffassung, dass die Vitalität der EU zu einem großen Teil von einer starken europäischen Identität und der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der EU abhängt, während die nationale Identität gewahrt bleibt, und dass der Erfolg des europäischen Einigungswerks auf seinen Werten, der Toleranz und dem Bekenntnis zu einer Vielfalt der Kulturen, Religionen und Traditionen beruht. Daher sollte das Wissen der Bürgerinnen und Bürger über die Geschichte und Kultur der EU, ihre Grundwerte und rechte sowie ihre wichtigsten Grundsätze und Beschlüsse und über die Beschlussfassung der EU erweitert und ihr Verständnis derselben gefördert werden. Außerdem ist es wichtig, für die Weltbürgerschaft und die Rolle der EU als globaler Akteur einzutreten;
- 1.2 hebt hervor, dass der allgemeinen und beruflichen Bildung und dem lebenslangen Lernen eine wesentliche Rolle zukommt, wenn es darum geht, die Identität der EU, ein Gemeinschaftsund Zugehörigkeitsgefühl sowie das Verantwortungsbewusstsein der EU-Bürger zu stärken und ihre aktive Teilhabe an Entscheidungen über die EU zu fördern. Bildung leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und gegenseitigem Respekt, nachhaltigem Wirtschaftswachstum, sozialer Inklusion und Gerechtigkeit bei gleichzeitiger Wahrung und Bereicherung der kulturellen Vielfalt. Die Ziele der europäischen Integration, ihre Vor- und Nachteile müssen auf der Ebene der Mitgliedstaaten und der EU gleichermaßen überzeugend und selbstsicher thematisiert werden;
- 1.3 betont, dass überall und ständig gelernt wird, und zwar aktiv und passiv. Europabildung ist daher nicht nur eine Aufgabe der formalen Bildung, und sie betrifft keinesfalls nur junge Menschen. Sowohl das Lernen in allen Lebensbereichen als auch das lebenslange Lernen sollten unterstützt werden, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf älteren Menschen liegen sollte, indem Informationen bereitgestellt werden, die auf ihre Lernweise zugeschnitten sind;

Institutionen und politische Strategien auf EU-Ebene

- 1.4 betont, dass der erste Grundsatz der **europäischen Säule sozialer Rechte** umgesetzt werden muss, damit **alle Menschen in Europa das Recht auf** eine hochwertige und inklusive **allgemeine, berufliche und lebenslange Bildung** haben;
- 1.5 empfiehlt, dass im Rahmen der Vermittlung von Grundkenntnissen und Schlüsselkompetenzen – insbesondere EU-Kompetenz – ein stärkerer Schwerpunkt auf die Europabildung und die europäische Identität in all ihrer Vielfalt gelegt und somit eine Reihe gemeinsamer Lernziele in diesem Bereich festgelegt wird (Mindestkenntnisse bzw. -fähigkeiten und Einstellungen im Hinblick auf die EU). In diesem Zusammenhang sind bessere Informationen über den Stand der Dinge in den Mitgliedstaaten erforderlich, weshalb der EWSA die Kommission auffordert, ihre einschlägige Studie zu aktualisieren;
- 1.6 fordert strategische politische Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU, um die Europabildung zu fördern und so eine europäische Identität sowie ein Gefühl der Zugehörigkeit zur EU zu stärken und um die handfesten Vorteile einer EU-Mitgliedschaft für

die Bürgerinnen und Bürger aufzuzeigen. Es ist außerdem erforderlich, dass die Mitgliedstaaten die *Empfehlung des Rates zur Förderung gemeinsamer Werte*¹ und die Pariser Erklärung von 2015² richtig umsetzen;

- 1.7 empfiehlt, dass mit den künftig erhöhten **Finanzmitteln für Erasmus**+ (2021–2027) ein Gefühl der Zugehörigkeit zur EU gefördert wird, indem die **Lernmobilität für alle, insbesondere für Menschen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund**, sichergestellt wird, und plädiert dafür, dass bei allen künftigen Projekten ein Schwerpunkt auf Europabildung, Schaffung einer europäischen Identität und Förderung **generationenübergreifenden Lernens** über die EU sowie Spracherwerb für alle Altersgruppen sowie auf den zivilen Dialog für Erwachsene gelegt wird;
- 1.8 begrüßt das 30-jährige Bestehen der Jean-Monnet-Aktivitäten im Rahmen von Erasmus+ zur weltweiten Förderung von Spitzenleistungen in Lehre und Forschung im Bereich EU-Studien und fordert, dass die Finanzmittel des Programms aufgestockt und auf alle Bildungssektoren ausgedehnt werden, um die Europabildung zu verbessern und den demokratischen Bürgersinn zu stärken;
- 1.9 dringt darauf, dass den EU-Bürgern Informationen über die EU mit Informations-, Kommunikations- und Aufklärungsstrategien der EU und der Mitgliedstaaten wirksamer vermittelt werden; weist darauf hin, dass ein Mitglied der Kommission für Kommunikation zuständig sein sollte;
- 1.10 empfiehlt, dass den europäischen und einzelstaatlichen öffentlich-rechtlichen Medien, einschließlich des Nachrichtensenders Euronews, eine strategische Rolle bei der Information der Bürgerinnen und Bürger über die Errungenschaften der EU zukommen sollte. Die Informationsbüros der EU in den Mitgliedstaaten sowie Mitglieder und sonstige Vertreter des Europäischen Parlaments, EWSA-Mitglieder und andere politische Entscheidungsträger, die im europäischen Bereich aktiv sind, sollten ebenfalls aktiv an der Schaffung einer europäischen Identität auf nationaler Ebene mitwirken;
- 1.11 empfiehlt die Entwicklung einer politischen EU-Strategie unter Wahrung der nationalen Zuständigkeiten im Bereich Bildung, in deren Rahmen Empfehlungen für die Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten gegeben werden (z. B. unter Anwendung der offenen Koordinierungsmethode (OKM) oder durch eine hochrangige Gruppe), um in enger Kooperation mit den Sozialpartnern und allen einschlägigen Interessenträgern auf nationaler und lokaler Ebene Initiativen in den Bildungssystemen und Maßnahmen zur Europabildung sowie zur Schaffung einer europäischen Identität zu unterstützen. Hierbei sollte man sich auf aktuelle Untersuchungen zur Situation der Vermittlung von EU-Wissen stützen;

_

¹ Empfehlung des Rates (2018/C 195/01).

^{2 &}lt;u>Pariser Erklärung vom 17.3.2015</u>.

- 1.12 empfiehlt, die Europabildung und die Schaffung einer europäischen Identität in die Strategie Europa 2030 und den Strategierahmen für allgemeine und berufliche Bildung 2030 sowie in das Europäische Semester (in die entsprechenden länderspezifischen Empfehlungen) aufzunehmen, sofern präzise systematische Daten verfügbar sind;
- 1.13 plädiert für eine Vernetzung diverser vorhandener Initiativen und Portale durch die **Bereitstellung und Förderung einer zentral zugänglichen Plattform** mit in verschiedenen EU-Sprachen verfügbaren **Lern- und Unterrichtsmaterialien** über die EU und die Schaffung einer europäischen Identität für Bildungseinrichtungen und individuelle Lernende mit besonderem Schwerpunkt auf den Grundwerten der EU, der Demokratie, der Teilnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen, der Toleranz und der gegenseitigen Verständigung;

Initiativen auf der Ebene der Mitgliedstaaten

- 1.14 empfiehlt die Entwicklung **nationaler Strategien** zur Einbindung der Bildung über Werte, Geschichte, Errungenschaften und derzeitige Entwicklungen der EU in die **Schullehrpläne aller Bildungssektoren**, wobei die wichtige Rolle informellen und nicht-formalen Lernens diesbezüglich anerkannt wird;
- 1.15 empfiehlt, dass die Europabildung im Schulwesen als integraler Bestandteil aller Fächer transversal vermittelt wird und dass in Staatsbürgerkunde, Geschichte, Geografie und Wirtschaft die Unionsbürgerschaft und ihre Vorteile betont werden;
- 1.16 fordert, dass die Europabildung Bestandteil der Aus- und Weiterbildung aller Lehrkräfte ist, und ruft die Mitgliedstaaten auf, eine hochwertige fortlaufende berufliche Weiterbildung von Lehrkräften zu diesem Thema zu unterstützen. Zu den Inhalten sollten die vom Europarat festgelegten Kompetenzen für eine demokratische Kultur³ zählen;
- 1.17 schlägt die Entwicklung von Initiativen vor, mit denen die internationale **Mobilität und der Fremdsprachenerwerb** aller Lehrkräfte gefördert und unterstützt wird, ebenso wie die Einführung eines **europäischen Preises/Siegels** für den Unterricht über die EU und die Schaffung einer europäischen Identität sowohl für Schulen als auch für Einzelpersonen;
- 1.18 empfiehlt, die **Interessenträger**, etwa Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Unternehmen, sowie andere in den Bereichen Bildung und Ausbildung sowie Jugend- und Erwachsenenarbeit tätige zivilgesellschaftliche Organisationen, wie z.B. Pfadfinder und sonstige Jugendorganisationen, Studentenvereinigungen, Lehrerverbände und -gewerkschaften und Elternverbände zu fördern und wirksam zu unterstützen, um ihre Lern- und Unterrichtsaktivitäten im Zusammenhang mit der EU zu stärken;
- 1.19 fordert die Mitgliedstaaten auf, **Partnerschaften zwischen Anbietern formaler und nicht- formaler Bildung** (d. h. Schulen und Jugendorganisationen bzw. Universitäten und Basisorganisationen) zu fördern, um die Europabildung und die Vermittlung von staatsbürgerlicher Bildung im Allgemeinen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang

Europarat (2016) "Competences for democratic culture".

empfiehlt der EWSA, dafür Sorge zu tragen, dass **Jugendorganisationen** in die Erarbeitung der Lehrpläne und der Festlegung der Methoden zur Vermittlung staatsbürgerlicher Bildung eingebunden werden;

1.20 verweist auf das ambitionierte Ziel der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950, das Robert Schuman folgendermaßen formulierte: "Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst [...] Solidarität [...] schaffen." Der EWSA schlägt vor, dass der Europatag (9. Mai) oder auch ein eigener Tag der Europabildung in den Mitgliedstaaten feierlich begangen wird und als Ausgangspunkt für die Planung schulischer und lokaler Aktivitäten rund um die EU dient.

2. Hintergrund

- 2.1 Für die Bildungs- und Kulturpolitik sind in erster Linie die Mitgliedstaaten zuständig. Über die Jahre hat die EU jedoch eine wichtige ergänzende Rolle eingenommen, und es liegt im gemeinsamen Interesse aller Mitgliedstaaten, das volle Potenzial von Bildung und Kultur als Antriebskräfte für Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit sowie als Wege des Erlebens der europäischen Identität in ihrer gesamten Vielfalt zu nutzen.
- 2.2 Der EWSA hält es für entscheidend, den Menschen das europäische Projekt näherzubringen, indem ihre Kenntnisse über die Geschichte, die Errungenschaften und die Bedeutung der EU vor dem Hintergrund der Geschichte Europas und seiner positiven Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen vertieft werden. Der EWSA hebt hervor, dass die Grundwerte der EU verstanden und gefördert werden müssen, da sie grundlegende Voraussetzungen für die gegenseitige Verständigung, ein friedliches Miteinander, Toleranz und Solidarität und für die Verinnerlichung der wichtigsten Grundsätze der EU bilden.
- 2.3 Auch 60 Jahre nach den Römischen Verträgen ist unter den EU-Bürgern die europäische Identität noch immer nicht vollständig ausgeprägt. Derzeit fühlen sich 93 % der EU-Bürger mit ihrem Land verbunden, 57 % davon sehr verbunden, und 89 % fühlen sich mit "ihrem Dorf/ihrem Ort/ihrer Stadt" verbunden. Lediglich 56 % geben hingegen an, dass sie sich mit der EU verbunden fühlen, und nur 14 % fühlen sich "sehr mit ihr verbunden".⁵ Diese Zahlen sind angesichts der anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament und der Diskussionen über die Zukunft Europas von Bedeutung.
- 2.4 Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament (2014) lag die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe 55+ erneut am höchsten (51 %), während sie in der Altersgruppe der 18–24- Jährigen gerade einmal 28 % betrug. Die Höhe der Wahlbeteiligung steht in direktem Zusammenhang mit dem jeweiligen sozioökonomischen Status⁶. Darüber hinaus tragen eine zu wenig kritische Medienkompetenz und die Verbreitung von Fehl- bzw. Falschinformationen zum Misstrauen gegenüber den demokratischen Institutionen und der EU bei. Daher könnten

_

⁴ Schuman-Erklärung.

^{5 &}lt;u>Europäische Kommission, Standard-Eurobarometer 89, Frühjahr 2018 – Bericht.</u>

Dies geht aus persönlichen Befragungen von 27 331 Personen im Alter von mindestens 18 Jahren in der EU-28 hervor.

bessere Kenntnisse über die EU und demokratischer Bürgersinn in dieser Hinsicht hilfreich sein. Diese Herausforderung besteht nicht nur in der formalen Bildung.

- Der EWSA weist noch einmal darauf hin, dass aus Studien⁷ und der Forschung⁸ hervorgeht, 2.5 dass zwischen Politik und Praxis der staatsbürgerlichen Bildung eine erhebliche Kluft besteht und dass es in nahezu der Hälfte der Mitgliedstaaten noch immer keine Regeln oder Empfehlungen bezüglich der staatsbürgerlichen Bildung in der Lehrerausbildung gibt. Während die staatsbürgerliche Bildung in der beruflichen Weiterbildung der Lehrkräfte vorgesehen ist, erhalten Schulleiter in diesem Bereich keine Fortbildung.
- 2.6 Ein weiterer Grund zur Sorge ist die unterschiedliche Vermittlung der staatsbürgerlichen Bildung in den verschiedenen Bildungssektoren. So ist zum Beispiel der Umfang der staatsbürgerlichen Bildung im schulischen Teil der beruflichen Erstausbildung im Vergleich zur allgemeinen schulischen Bildung geringer. So gibt es z. B. weniger Stunden für die staatsbürgerliche Bildung in den Lehrplänen und weniger Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, und es wird seltener empfohlen, dass sich Schüler an Schulräten oder die Eltern an Schulgremien beteiligen.
- 2.7 Bei der Vermittlung von Wissen über die EU sollte der Schwerpunkt auch auf Demokratie (einschließlich Teilhabe, demokratische Politik und demokratische Gesellschaft) und Toleranz zwischenmenschlicher Beziehungen, Toleranz (einschließlich gegenüber anderen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen sowie inklusiver Gesellschaft) gelegt werden.
- 2.8 Generell sollte die EU-bezogene Staatsbürgerkunde in einem dynamischen Lernprozess⁹ vermittelt werden, der auf den Kontext und die einzelnen Lernenden abgestimmt und an Werten ausgerichtet ist und den Lernenden, hauptsächlich jungen Menschen, die Kenntnisse und das Verständnis, die Fähigkeiten und die Einstellungen an die Hand gibt, die sie brauchen, um nicht nur ihre Rechte auszuüben, sondern auch ihren Beitrag zu ihrem Lebensumfeld und zur Gesellschaft zu leisten und empathisch, fürsorglich und auf künftige Generationen bedacht handeln zu können. Das Verständnis der staatsbürgerlichen Bildung hat sich langsam, aber stetig gewandelt - weg von der traditionellen Ansicht, dass es nur auf die Weitergabe von Kenntnissen und das Verständnis der formellen Institutionen und Prozesse des bürgerlichen Lebens (wie die Beteiligung an Wahlen) ankommt, hin zu einem breiteren Verständnis, bei dem auch Beteiligung und **Engagement** in staatsbürgerlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie einer größeren Bandbreite von Interaktions- und Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Lebensumfeld (einschließlich Schulen) und in der Gesellschaft ausgegangen wird.
- 2.9 Wenn unter Unionsbürgerschaft mehr verstanden werden soll, als es nach der derzeitigen engen Rechtsauffassung der Fall ist, und die Vorstellung davon, was es heißt, Europäer zu sein, in ganz Europa eine neue und weiter gefasste Bedeutung erhalten soll, dann erfordert unser Ansatz für die staatsbürgerliche Bildung eine klare europäische Dimension. Auf diese

8

⁷ Bericht des Europäischen Parlaments über den Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen (2015/2138(INI)).

Eurydice, Bürgererziehung an den Schulen in Europa – 2017.

Europäisches Jugendforum, Inspiring! Youth organisations contribution to citizenship education 2016.

Weise ließe sich dem Begriff der Unionsbürgerschaft mehr Gehalt und eine politischere Bedeutung verleihen, was entscheidend ist, wenn die EU möchte, dass sich die Bürger vermehrt engagieren und beteiligen und stärker hinter der EU nicht nur als einer wirtschaftlichen, sondern auch als einer sozialen und politischen Union stehen.

3. Allgemeine Bemerkungen

- 3.1 Es ist größter Bedeutung, dass die Menschen über ihre Rolle und die Möglichkeiten ihrer Teilhabe an demokratischen Entscheidungsverfahren auf lokaler, nationaler und EU-Ebene informiert und sich dessen bewusst sind und dass sie das Konzept der institutionellen Führung mittragen. Bei der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie beim lebenslangen Lernen würde ein ganzheitlicher Ansatz mit besonderem Augenmerk auf dem demokratischen Bürgersinn, den gemeinsamen europäischen Werten und der europäischen Identität erheblich zu Frieden, Sicherheit, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, gegenseitigem Respekt, nachhaltigem Wachstum, sozialer Inklusion und Gerechtigkeit beitragen, während die kulturelle Vielfalt gewahrt und bereichert und ein Gefühl der Zugehörigkeit zur EU geschaffen würde.
- 3.2 Der EWSA hat in seiner Stellungnahme¹⁰ zum **europäischen Bildungsraum** (2018) begrüßt, dass im Rahmen der Initiative eine verstärkte Inklusivität in den zukünftigen Bildungssystemen vorgeschlagen wird, und hebt hervor, dass der Erwerb von Kenntnissen über die EU, demokratische Werte, Toleranz und Staatsbürgerschaft auch bei der Umsetzung der **europäischen Säule sozialer Rechte** als Recht für alle betrachtet werden sollte. Dies sollte für alle zugänglich sein, wobei besonderes Augenmerk auf benachteiligte Gruppen¹¹ gelegt werden sollte, damit alle Bürgerinnen und Bürger ihre partizipative Rolle in der Demokratie begreifen können. Dafür ist es unabdingbar, dass die Mitgliedstaaten die *Empfehlung des Rates zur Förderung gemeinsamer Werte*¹² umsetzen.
- 3.3 Die erneute Empfehlung des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen (2018)¹³ steht nach wie vor nicht auf der politischen Tagesordnung zahlreicher Mitgliedstaaten. Der Erwerb von Kenntnissen über die EU, ihre konkreten Vorteile, demokratische Werte, Toleranz und aktive Staatsbürgerschaft muss im Rahmen der Lernkompetenz, der fremdsprachlichen, persönlichen und sozialen Kompetenzen, der Bürgerkompetenz sowie des Kulturbewusstseins und der individuellen Ausdrucksfähigkeit verbessert werden.
- 3.4 In seiner Stellungnahme¹⁴ zum künftigen *Programm Erasmus+ 2021–2027* hat der EWSA gewürdigt, dass durch das Vorgängerprogramm Erasmus+ (2014–2021) Bildung und Ausbildung auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene maßgeblich unterstützt, ein Gefühl der Zugehörigkeit zur EU geschaffen ("europäische Identität" in ihrer ganzen Vielfalt) und gegenseitige Verständigung, demokratischer Bürgersinn und die europäische

SOC/612 - EESC-2018-06187-00-00-AC-TRA (EN) 8/14

_

¹⁰ ABI. C 62 vom 15.2.2019, S. 136.

Nach der Definition "benachteiligter Gruppen" des <u>EIGE</u>.

¹² Empfehlung des Rates (2018/C 195/01).

Empfehlung des Rates (2018/C 189/01).

^{14 &}lt;u>AB1. C 62 vom 15.2.2019, S. 194</u>.

Integration gefördert wurden. Das nächste Erasmus-Plus-Programm wird entscheidend zu folgenden Prozessen beitragen: Unterstützung der Inklusion und der gemeinsamen europäischen Werte, Förderung der sozialen Integration, Verbesserung des interkulturellen Verständnisses und Prävention von Radikalisierung durch die Teilhabe von Menschen jeden Alters an demokratischen Prozessen, und zwar mithilfe der Lernmobilität und der Zusammenarbeit zwischen europäischen Bürgern, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, Organisationen, Interessenträgern und Mitgliedstaaten. All diese Aspekte sind für die Zukunft der EU von herausragender Bedeutung.

- 3.5 Der EWSA würdigt die Bemühungen im Rahmen der **Jean-Monnet-Aktivitäten unter Erasmus**+ zur weltweiten Förderung von Spitzenleistungen in Lehre und Forschung im Bereich der Europawissenschaften. Der EWSA bedauert, dass die vorgeschlagenen Finanzmittel für dieses Programm nach wie vor nicht ausreichen. War das Programm bisher ausschließlich auf Universitäten ausgerichtet, so ist der EWSA überzeugt, dass die hierfür vorgesehenen Finanzmittel erhöht werden müssen und das Programm auf alle Bildungssektoren und alle Altersgruppen ausgeweitet werden sollte, um die Europabildung zu verbessern und den demokratischen Bürgersinn zu stärken.
- 3.6 Der EWSA hebt hervor, dass die von den Staats- und Regierungschefs der EU im März 2015 unterzeichnete Pariser Erklärung¹⁵ umgesetzt werden muss, und weist erneut darauf hin, dass bei allen Lernformen darauf hingearbeitet werden muss, dass **kritisches Denken und Medienkompetenz, soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz, interkulturelles Verständnis und Bemühungen zur Beseitigung von Diskriminierung** Wirklichkeit werden.

4. Besondere Bemerkungen zur formalen Bildung

- 4.1 Der EWSA weist erneut darauf hin, dass allen Menschen durch Schulen und in ihrem Umfeld Gelegenheiten zu lebenslangem Lernen geboten werden müssen, damit sie zu demokratisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern werden. Eine inklusive Bildungspolitik kann erreicht werden, wenn die nationalen und europäischen Medien und die nationalen politischen Entwicklungen unterstützend wirken und gute Beispiele für Demokratie und Toleranz liefern. Hierzu sollte gehören: das Recht auf Teilhabe, die Unterstützung der Sozialpartnerschaft und des zivilgesellschaftlichen Dialogs, die Redefreiheit, das Ächten von Falschmeldungen, inklusives Handeln bei gleichzeitiger Achtung kultureller Vielfalt sowohl innerhalb als auch außerhalb des eigenen Landes, das Einstehen für die Gleichberechtigung aller Menschen und für Migranten, Flüchtlinge und Minderheiten hinsichtlich ihrer aktiven Bürgerschaft in der EU und den Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer kulturellen Identität.
- 4.2 Die Vermittlung von Kenntnissen über die EU, demokratische Werte, Toleranz und Staatsbürgerschaft, aber auch über die Rolle der EU in der Welt sollte **in Schulen transversal über alle Fächer und Projekte hinweg erfolgen und nicht nur im Geschichts- oder Staatskundeunterricht**. Den Schülern sollten Bespiele für die aktive Teilnahme an sozialen Aktivitäten und an Freiwilligenarbeit gezeigt und Vertreter der Zivilgesellschaft und von Gewerkschaften sowie von Unternehmen dazu eingeladen werden, ihre Aktivitäten vorzustellen.

-

Pariser Erklärung vom 17.03.2015.

Die Schüler sollten darin ermutigt werden, auf lokaler, nationaler und EU-Ebene an demokratischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Darüber hinaus sollten Schulleiter und Lehrkräfte zusammen mit dem Schulträger eine von Zusammenarbeit geprägte demokratische Schulkultur schaffen, in der Eltern und Schüler an Entscheidungsprozessen beteiligt und kollegiale Führungsstrukturen hergestellt werden.

- 4.3 Der EWSA hebt hervor, dass für die **Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Schulleitern in allen Mitgliedstaaten** Regelungen oder Empfehlungen im Hinblick auf die Entwicklung von **Lehrkompetenzen in der staatsbürgerlichen Bildung** benötigt werden. ¹⁶
- 4.4 Der EWSA plädiert für eine Vernetzung diverser vorhandener Initiativen und Portale¹⁷ durch die **Bereitstellung und Förderung einer zentral zugänglichen Plattform mit** *Lern- und Unterrichtsmaterialien* über die EU in verschiedenen EU-Amtssprachen und die Schaffung einer europäischen Identität für Bildungseinrichtungen und individuelle Lernende mit besonderem Schwerpunkt auf den Grundwerten der EU, der Demokratie, der Teilnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen, der Toleranz und der gegenseitigen Verständigung. **Lern- und Unterrichtsmaterialien**¹⁸, die im Rahmen von EU-finanzierten Projekten entstanden sind, sollten für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein, stärker bekannt gemacht werden sowie in Schulen und bei anderen Aktivitäten mit dem Ziel der Vermittlung von EU-Wissen genutzt werden.

5. Besondere Bemerkungen zur nicht-formalen Bildung

- 5.1 Der EWSA versteht staatsbürgerliche Bildung als Teil eines lebenslangen und lebensumspannenden Politik- und Praxisrahmens. Für einen ganzheitlichen Ansatz in der staatsbürgerlichen Bildung ist es erforderlich, dass sowohl Anbieter formaler als auch nichtformaler Bildung einbezogen werden, die einander im Hinblick auf die Inhalte und Schwerpunkte ihrer Bildungsprogramme sowie den pädagogischen Ansatz und die verschiedenen Möglichkeiten, Teilnahme zu erleben, ergänzen.
- 5.2 Im Bereich der nicht-formalen Bildung wird eine große Bandbreite von Lernprogrammen angeboten, wobei der Schwerpunkt auf EU-bezogener staatsbürgerlicher Bildung liegt. Dies ist zum Beispiel bei Jugendorganisationen der Fall, in denen Bildungsmaßnahmen auf der Grundlage von partizipatorischen Prozessen entwickelt werden, mit denen eine aktive Staatsbürgerschaft gefördert und der Horizont junger Menschen erweitert wird. Jugendorganisationen kommt als Anbieter staatsbürgerlicher Bildung eine grundlegende Rolle zu, da sie ihren Mitgliedern und den Personen, mit denen sie arbeiten, Raum für Sozialisierung, Interaktion sowie politische und soziale Tätigkeit bieten.

^{16 &}lt;u>Joint Statement on Citizenship Education & EU Common Values.</u> (Gemeinsame Erklärung zu staatsbürgerlicher Bildung und zu den gemeinsamen Werten der EU.).

¹⁷ Etwa eTwinning, Open Education Europe usw.

Siehe https://euhrou.cz/.

- 5.3 Jugendorganisationen veranstalten eine Vielzahl von Programmen, Projekten und Aktivitäten mit Bezug zur staatsbürgerlichen Bildung, häufig auch mit einer europäischen Dimension. Hierbei handelt es sich je nach Auftrag und Zielgruppe der Organisation z. B. um Freiwilligentätigkeit und internationalen Austausch/internationale Veranstaltungen, regelmäßige Treffen/Tätigkeiten von Ortsgruppen, Schulaustausch und Gastfamilienprogramme, Simulationen von Beratungen der EU-Institutionen, Wahlsimulationen usw.
- Aufgrund der Komplementarität der formalen und nicht-formalen Bildung ist es wichtig, 5.4 Partnerschaften zwischen Anbietern formaler und nicht-formaler Bildung zu fördern, um eine konkretere und greifbarere Erfahrung gelebter Demokratie zu ermöglichen. und Jugendorganisationen sollten Mittelpunkt Studierendenverbände im und die Entscheidungsfindung stehen Möglichkeit erhalten, Rückmeldungs-Überwachungsmechanismen direkt zu nutzen. In diesem Zusammenhang empfiehlt der EWSA, junge Menschen in Gremien einzubinden, die für die Erarbeitung der Lehrpläne und die Festlegung der Methoden zur Vermittlung staatsbürgerlicher Bildung zuständig sind.

6. Besondere Bemerkungen zu informellem Lernen

- 6.1 Der EWSA ist sich bewusst, dass viele Informationen über die EU über informelles Lernen erworben werden können über die Medien, durch Diskussionen im Freundes- oder Kollegenkreis usw. Es sollten koordinierte Anstrengungen unternommen und konkrete Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer "EU-Kompetenz" aller Bürgerinnen und Bürger jeden Alters im Sinne der Aneignung der notwendigen Mindestkenntnisse über die EU führen. Neben anderen Aspekten sollte dies auch das Bewusstsein für die wechselseitige soziale und wirtschaftliche Abhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten und für die daraus resultierende Notwendigkeit einer widerstandsfähigen europäischen Gesellschaft umfassen, die als Ganzes wirtschaftlich wettbewerbsfähiger ist.
- 6.2 Der EWSA spricht sich dafür aus, dass den EU-Bürgern Informationen über die EU mit Informations-, Kommunikations- und Aufklärungsstrategien der EU und der Mitgliedstaaten wirksamer vermittelt werden, und weist erneut darauf hin, dass die Kommission diese Agenda fördern muss, etwa indem eines der Kommissionsmitglieder wieder für das Ressort Kommunikation zuständig ist.
- 6.3 Den europäischen und den europafreundlichen nationalen öffentlich-rechtlichen Medien etwa dem Sender "Euronews" sollte eine strategische Rolle bei der Verbreitung verlässlicher Informationen über die EU zukommen. Die Informationsbüros der EU in den Mitgliedstaaten sollten mit Unterstützung von Mitgliedern und sonstigen Vertretern des Europäischen Parlaments sowie der aktiven Teilnahme von EWSA-Mitgliedern und anderen politischen Entscheidungsträgern, die im europäischen Bereich aktiv tätig sind, eine aktive Rolle zur Stärkung der europäischen Identität einnehmen.
- 6.4 Ausgehend vom Erfolg des Programms Erasmus+ fordert der EWSA ernsthafte Kommunikationsanstrengungen zur Förderung der Rolle von Bildung und Aufklärung, um die friedenskonsolidierende Rolle der EU fortzusetzen, den Austausch zwischen nichtstaatlichen Organisationen sowohl aus der EU als auch aus Drittstaaten zu erleichtern, ein Siegel der

"Weißen Taube" für Friedensprojekte der EU zu schaffen und diese im In- und Ausland bekannter zu machen.

- 6.5 Die derzeitigen Studierenden des Programms Erasmus+ sollten ermutigt werden, ihre Auslandserfahrung zu nutzen, um als Botschafter der EU unter ihresgleichen zu fungieren und jüngere Menschen über Europa, das interkulturelle Lernen und das Erleben einer anderen Kultur zu informieren.
- 6.6 Der EWSA verweist auf eigene Projekte wie **Your Europe, Your Say** (**YEYS**)¹⁹, seine jährliche Jugendplenartagung. Zu dieser Veranstaltung reisen jedes Jahr Schülerinnen und Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren aus allen EU-Mitgliedstaaten und Bewerberländern für zwei Tage nach Brüssel, um die EU aus eigener Anschauung kennenzulernen und gemeinsam Ideen und Empfehlungen zu erarbeiten, die dann den EU-Organen übermittelt werden.

Brüssel, den 21. März 2019

Luca JAHIER

Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

*

* *

NB: Anhang auf den folgenden Seiten (in englischer Sprache).

¹⁹

APPENDIX

Examples of good practices from education about the EU

The EESC considers the following projects/activities to be inspirational for other institutions and organisations. A comprehensive study that includes these and many more initiatives would be beneficial.

Own EESC initiative

• Your Europe, Your Say (YEYS)²⁰ - This is the annual youth event of the EESC, which started in 2010 with the goal of connecting young people with the European Union. Every year, 16-18 year old pupils from all EU Member States and the candidate countries come to Brussels for two days and work together to draw up resolutions that will then be passed on to the EU institutions. These resolutions contain their ideas, proposals and hopes for their future as European citizens. All secondary schools in Europe can apply and send three pupils to participate in YEYS.

Initiatives in schools

- Erasmian European Youth Parliament (EEYP)²¹ The EEYP started in Rotterdam in 2008 as a pilot-project. Since then, the Erasmian European Youth Parliament Foundation has held the EEYP in a different European city each year. The EEYP has been designed for approximately 150 participating students aged 16-18 years old who come from at least fourteen different European countries. Schools from the various countries are invited to participate by sending a delegation of students, who are selected and prepared by their teachers.
- European clubs in schools (PT) In most primary and secondary schools in Portugal, European clubs operate as centres that promote activities linked to the European dimension of education. Registration at these clubs is optional. open to students and teachers, and must be coordinated by a teacher. The aim of the European clubs is to create a genuine European spirit of active citizenship among members and pass it on to other members of the local community. The clubs also promote better citizenship through the use of partnerships, information on Europe (geographical, historical, cultural, economic, etc.) and the European institutions (structure, procedures, objectives, etc.).

Student and non-governmental initiatives

- Erasmus in Schools²² part of the Social Erasmus project, which is run by the Erasmus Student Network). Through this project, current international students (including but not limited to Erasmus students) carry out presentations and workshops in schools in their local host community. This way, young school students, often secondary school pupils, get to experience meetings with other Europeans and learn more about Europe in a structured way.
- **Prague Student Summit** (**CZ**)²³ This is a year-round educational project for more than 300 high school and university students from all parts of the Czech Republic and central Europe. It has been running for 20 years and is, organised by the Association for International Affairs. It provides young people with the opportunity to broaden their knowledge of international affairs, human

 $^{{\}color{blue} 20 } \\ \underline{ \text{https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/civil-society-citizens-participation/your-europe-your-say} }$

²¹ Erasmian European Youth Parliament.

https://socialerasmus.org/.

^{23 &}lt;u>Prague Student Summit.</u>

rights, economics, cultural heritage and the environment and enables them to improve their rhetoric, presentation and argumentation skills at the same time. Its main educational method is simulating activities of international organisations (UN, EU, NATO, OSCE). Each participant represents one state during the negotiations. Throughout the year, the participants familiarise themselves with the situation and life in their country and with its positions on various global issues. At the end of the year, the students then propose solutions to the problems that the real international organisations deal with mirroring as close as possible what the ambassador of their state would actually strive for.

• My Europe, My Say - This project is an initiative led by the European region of the World Organisation of the Scout Movement. It aims to promote youth political participation in the upcoming European elections in May 2019 and reinforce a sense of civic engagement among scouts and non-scouts.). One of tis aims is to offer scouts and non-scouts a space to communicate their views for a better Europe. It contributes to setting a political agenda that encompasses the aspirations and concerns of young people at large. More specifically, the project aims to foster the values of youth political participation and leadership. The project will lay the foundation for greater and more sustainable civic engagement that goes beyond the framework of the European elections.

On-line toolkits and platforms

- On-line toolkit²⁴ The New Narrative for Europe preparatory action aimed to identify a new, inclusive narrative for the EU. The outcomes produces have been put together in an online toolkit. This consists of a set of ready-for-use written and audio-visual materials that can be widely used in any discussion about Europe and its future. This inspiring toolkit content can be used within networks so that members can broaden their own debates and take part in co-creating the Europe of tomorrow.
- Historiana This is an on-line educational multimedia tool that offers students multi-perspective, cross-border and comparative historical sources to supplement their national history textbooks. Historiana might be considered as a digital alternative to a European textbook. However, the website does not attempt to present a comprehensive "story of Europe" and its relationship with the rest of the world.

24